

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN: Die ersten tausend behördlich bestätigten UNTERSTÜTZUNGS- ERKLÄRUNGEN sind bereits eingelangt!

Es ist sehr erfreulich, daß bereits binnen weniger Wochen nach dem Neustart des Volksbegehrens die ersten tausend gemeindeamtlich bestätigten Unterstützungserklärungen dafür bei uns eingelangt sind. Das Interesse dafür reihum ist groß; wir erhielten viele Anfragen und Stellungnahmen dazu per Post, Telefon und E-mail; die Besucherzahl der Internetseite www.eu-austritts-volksbegehren.at ist sprunghaft gestiegen. Bei den ersten **Aktionstagen** (bisher in Wien, Nieder- und Oberösterreich) war viel los; in den nächsten Monaten wird es auch in den anderen Bundesländern Aktionstage fürs Volksbegehren geben. **Weitere Helfer gesucht!**



Wir bitten alle WEGWARTE-Empfänger, die das neue Volksbegehren mit dem nunmehr genehmigten Text **noch nicht** unterschrieben haben, dies **so bald wie möglich** zu tun - am besten gleich morgen! Sie können dazu die in dieser WEGWARTE enthaltene Unterstützungserklärung (mit den wichtigsten Argumenten und den Durchführungshinweisen auf der Vorder- bzw. Rückseite) verwenden: einfach abtrennen. Gerne können Sie das ganze Blatt auch vor dem Ausfüllen **kopieren und weiterverbreiten**. Die „öffentliche Eintragungswoche“ (das eigentliche Volksbegehren) kann nur zustande kommen, wenn insgesamt rund **zehntausend** gültige Unterstützungserklärungen von uns im Innenministerium vorgelegt werden können!

Die Bürgermeister sowie die zuständigen Abteilungen aller **über dreitausend** Gemeindeämter Österreichs erhielten von uns in einer eigenen Aussendung die Unterstützungserklärung für das Volksbegehren sowie das Info-Blatt samt einem erklärenden Begleitbrief. Die zuständigen Beamten in den Ge-

meindeämtern und Magistratsabteilungen wissen also Bescheid. Wir bitten alle Unterscriber, die bestätigte Unterstützungserklärung wieder mitzunehmen und an uns einzuschicken (Adresse steht auf dem Formular unten).

Zypern ist kein Sonderfall!

Die jüngsten Ereignisse in Zypern müssen als „Testfall“ eingestuft werden; die „**Euro-Rettung**“ wird auch um den Preis massiver Enteignung von Guthaben auf Banken weitergetrieben werden, nicht nur in Zypern! Es wird Zeit, daß mehr Menschen sich der tieferen Ursachen dafür

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

bewußt werden - es ist der **EU-„Binnenmarkt“**, das so hochgelobte „Herzstück“ der Europäischen Union. Also der sogenannte „gemeinsame Markt“, der **grenzenlose „Freihandel“** und in diesem insbesondere die **Kapitalverkehrsfreiheit**, die ein „Zyperm“ jederzeit anderswo in der EU ebenso möglich machen. Siehe dazu im Innenblatt dieser WEGWARTE den neuesten Artikel von **Prof. Schachtschneider**, einem der profundesten Kenner von Staats-, Wirtschafts- und Europarecht im deutschen Sprachraum. Sie können dieses Innenblatt auch herausnehmen und extra weiterverbreiten.

Deshalb bekämpft die „Initiative Heimat & Umwelt“ seit 1991 (!) diese Europäische Union, früher Europäische Gemeinschaft genannt, deren Herzstück ebenfalls bereits der „Binnenmarkt“ war... Wir haben (wie damals noch viele andere Bürgerinitiativen und Teile der Oppositionsparteien) **auch vor der Beitrittsabstimmung** in Österreich (1994) umfangreiche und sehr intensive **Aufklärungsarbeit** gegen den EU-Beitritt getätigt, aber die enorme finanzielle und propagandistische Übermacht der Betreiber samt einer beispiellosen Lügen- und Drohkampagne (Stichworte „Ederer-Tausender“, „Alles wird billiger!“ usw.) durch fast alle großen Institutionen (Parteien, Kammern, Gewerkschaften) und Massenmedien hat das mehrheitliche „Ja“ der Österreicher zum EU-Beitritt herbeigeführt. Auch die Kirche, die ja ihre jüngste **österreichische (!)** Bischofskonferenz ausgerechnet in Brüssel abhielt, spielte bereits damals ein unrühmliches Spiel....

Wir arbeiten auch wieder mit Notaren!

Die Unterstützung der Einleitung von Volksbegehren, die wirklich aus dem „Volk“ kommen (das sind die wenigsten), wird den Bürgern in Österreich - im Gegensatz zur Schweiz - sehr schwer gemacht.

Die Öffnungszeiten der Ämter werden immer **Bürger-feindlicher**, vor allem in Wien (betrifft ein Viertel aller Österreicher), es ist beim Eingang zu den großen Ämtern nirgends angeschlagen, in welchem Zimmer/Stock Unterstützungserklärungen von Volksbegehren unterschrieben werden können, Portiere, die man fragen könnte, gibt es meist keine mehr, und wenn, dann wissen diese das meist nicht (oder dürfen es nicht wissen), usw. **In der Schweiz** müssen die Bürger zu **verbindlichen Volksabstimmungen** führende (!) Volksbegehren gar nicht auf irgendwelchen Ämtern unterschreiben, sondern können dies auf fortlaufenden Listen von zuhause aus tun, die sie an die Betreiber übergeben oder einschicken....

Deshalb bitten wir auch wieder Notare (stundenweise, mehr geht nicht), den Bürgern zu ermöglichen, die Volksbegehrens-Unterstützungserklärung an den Aktionstagen direkt beim Infostand unterschreiben zu können. Sie haben als „Staatsnotare“ das Recht dazu, **anstatt** der Gemeindeämter Unterschriften zu beglaubigen. Die Bürger ersparen sich damit den Weg in die Ämter, was vor allem **für Berufstätige** ein Service ist.

Natürlich müssen wir die Notare, die dazu überhaupt bereit sind, bezahlen. Und dabei fallen leider insgesamt **große Kosten** an, die wir nur schaffen können, wenn wir wieder **Sonderbeiträge** dafür erhalten! Bitte helfen Sie uns bzw. dem Anliegen, wofür wir seit vielen Jahren alle ehrenamtlich arbeiten, auch diesmal wieder (oder eben zum ersten Mal) mit einem größeren Betrag für den Sonderposten „Notarhonorare“. Wir sagen im voraus dafür allen **herzlichen Dank**, denen dies möglich ist, wie hiermit auch allen, die schon die bisherigen Ausgaben der WEGWARTE und die diversen Aktionen der letzten Zeit finanziell „getragen“ haben, z.T. mit beträchtlichen Beträgen!

Je mehr Bürger direkt in den Ämtern unterschreiben (kostenfrei), desto weniger Notarstunden müssen wir buchen und bezahlen!

Jeder, der jemals bei einem Volksbegehren aktiv mitgearbeitet hat, weiß, daß dafür auch viele andere Kosten zu bestreiten sind: große Stückzahlen von Info-Verteilmaterial, Reisekosten für die Aktionstage, Ständerplakate, laufende Versandkosten für Info-Material usw. Aber nur dadurch kann der EU-Austritt vorwärts kommen!

WELTSTADT WIEN???

Ein Skandal ersten Ranges sind die **neuen Parteienverkehrszeiten** in allen Bezirksämtern in ganz Wien. Bis vor kurzem konnten Bürger Amtswege täglich (von Montag bis Freitag) bis 15.30 Uhr tätigen, **seit neuestem nur mehr bis 13 Uhr!** Das bedeutet insgesamt eine **Verringerung** der persönlichen Verfügbarkeit von Beamten (aus Steuergeldern bezahlt) für alle Bürger von zehn Stunden wöchentlich! Von wegen „Bürgernähe“, „direkte Demokratie“, u.ä. Wahlversprechen... Nur an Donnerstagen können Amtswege (wie bisher) von 8 bis 17.30h getätigt werden. Zu diesen Amtswegen gehört auch das Unterschreiben von Unterstützungserklärungen für Volksbegehren - wie vorgeschrieben - **vor dem Beamten.**

Nur mehr in der MA-62 in der Lerchenfelderstraße 4 in der Abteilung für Wahlen und Volksbegehren im 3. Stock gelten noch die „alten“ Öffnungszeiten der Bezirksämter: Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag 8 bis 15.30h und Donnerstag 8 bis 17.30h.

Inge Rauscher,

*Obfrau der IHU,
Bevollmächtigte des
EU-Austritts-Volksbegehrens*

EUROPÄISCHER BINNENMARKT: GRUNDFEHLER DER INTEGRATION.

Wider die Freihandelsdoktrin!

von Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider

Die Europäische Union ist gescheitert. Ihre wirtschaftliche und politische Instabilität ist offensichtlich geworden. Die Gründe werden entweder nicht gesehen oder geleugnet. Die Union hatte niemals eine Chance, ihre vollmundigen Ziele zu erreichen, etwa nach der Lissabon-Strategie von 2000 «bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum in der Welt zu werden, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem grösseren sozialen Zusammenhalt zu erzielen».

Nicht erst die einheitliche Währung, der Euro, hat die Stabilität beendet, sondern bereits der Binnenmarkt war der Grundfehler der europäischen Integration. Die Währungsunion mit der Einheitswährung war eine Reaktion auf die Schieflage, welche schon der Binnenmarkt bewirkt hat, hat aber, wie zu erwarten, wenn politische Fehlentwicklungen verteidigt werden sollen, den Absturz beschleunigt.

Deregulierung nimmt den Völkern den Schutz ihrer Volkswirtschaften.

Der Binnenmarkt ist die Wirklichkeit der Grund- oder **Wirtschaftsfreiheiten**, nämlich die Warenverkehrs-, die Niederlassungs-, die Dienstleistungs-, die Kapitalverkehrsfreiheit und die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Sie sind mit aller Härte durchgesetzt worden und haben die Märkte der Union dereguliert. Der Binnenmarkt folgt der Freihandelsdoktrin, die auch die Globalisierung begründet. Die neoliberale Dere-

gulierung nimmt den Völkern den Schutz ihrer Volkswirtschaften.

Die Freihandelslehre Ricardos nennt spezifische Voraussetzungen komparativer Vorteile, nämlich die vollständige Auslastung der Ressourcen der beteiligten Völker, und hat im übrigen nicht den ebenso grenzenlosen wie entgrenzten Freihandel in Betracht gezogen. Ohne definierte komparative Vorteile, die auch auf Teilmärkten möglich sind, sind **Vorteile der einen nichts als Nachteile der anderen**, nämlich absolute Vorteile, etwa niedrige Löhne in einem Land, die im anderen Land zur Arbeitslosigkeit führen, insbesondere wenn die Produktion in das Niedriglohnland verlagert wird.

Die **Arbeitslosigkeit im Hochlohnland** verteuert dessen Konsum, obwohl der Erwerb der importierten Waren wenig kostet. Volkswirtschaftlich müssen den unmittelbaren Erwerbskosten die Kosten für die Finanzierung der Arbeitslosen hinzugerechnet werden. Die Kosten für die Arbeitslosen sind nicht geringer als die Kosten für die Beschäftigten, angesichts der geringen Lohnkosten wegen der Verwaltung der Arbeitslosigkeit und der regelmässig höheren Krankheitsbetroffenheit der Arbeitslosen eher höher. Die Gesamtkosten des Konsums sind somit höher. Hinzu kommen die menschlichen und politischen Kosten der Arbeitslosigkeit, aber auch die Dequalifizierung der Arbeitslosen.

Eigentlich müssen alle Kosten des Gemeinwesens zusammengefasst werden, auch die Kosten



des Staates, insbesondere der Kriege, der Banken, der Versicherungen, der Altersversorgung usw., um die **wirklichen Stückkosten der erarbeiteten Produkte** zu errechnen. Das zeigt sich deutlich in den Steuer- und Beitragslasten, welche die Unternehmen und die Arbeitnehmer, aber auch die Verbraucher des Binnenmarktes (Mehrwertsteuer, Verbrauchsteuern u.a.) zu tragen haben. Die **Exportländer der Billigprodukte** haben nicht nur Vorteile, sondern abgesehen von der Entwürdigung ihrer Bevölkerung durch die unterbezahlte Arbeit auch Nachteile, weil sie die Entwicklung ihres Binnenmarktes vernachlässigen und die Infrastruktur nicht nachhaltig aufbauen. Dieser Fehlentwicklung versucht China gerade entgegenzuwirken.

Einheitswährung nimmt Volkswirtschaften Abwertungsmöglichkeit

In der Europäischen Union wirkt sich die Freihandelsdoktrin in spezifischer Weise aus, weil die Verhältnisse andere sind als etwa die in den Lohndumpingländern. Aus sozialpolitischen Gründen,

die wesentlich die Wahlen bestimmen, sind die Löhne entgegen den Leistungen denen der entwickelten Volkswirtschaften angenähert worden, schon vor der Währungseinheit mittels inflationärer von den Zentralbanken alimentierter Lohnpolitik, aber seit der Währungseinheit vornehmlich mit durch die stabilitätsorientierten Mitglieder der Währungsunion zinssubventionierten Krediten.

Die Einheitswährung hat den exportschwächeren Volkswirtschaften einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil genommen, nämlich die **Abwertungsmöglichkeit**, welche die gleiche und meist sogar stärkere Wirkung für die **Exportfähigkeit** eines Landes wie Lohnzurückhaltung hat. Die Abwertung erzwingt zudem der Markt, während die Lohnpolitik entweder in der Hand der Tarifpartner ist, also wesentlich von den Gewerkschaften abhängt, oder, wenn das jeweilige Verfassungsgesetz das zulässt, in der Hand des Staates, dem gesetzliche Lohnsenkungen grosse Schwierigkeiten machen. Selbst mittelbare Eingriffe in das Lohngefüge kosten meist die Macht im Staat, solange dieser noch (wirklich) ein Mehrparteienstaat ist, wie das Beispiel der Schröderschen Agenda 2010 zeigt.

Die marktoffenen Währungen entfalten ihre kostenpolitischen Wirkungen unerbittlich, wenn auch nicht für alle Betroffenen gleich oder gar gerecht. Sie erweisen zugleich die Einheit von Wirtschaft und Staat und damit die schicksalhafte Einheit des Volkes. Das ist für die demokratische Realisation wesentlich.

Schutzloser Wettbewerb nützt immer nur den Starken

Durch die Unmöglichkeit der Abwertung im Rahmen der Einheitswährung haben die exportschwachen Volkswirtschaften die Wettbewerbsfähigkeit nicht nur im europäischen Binnenmarkt, der freilich wegen der jeweils nationalen Sozialpolitik kein echter Bin-

nenmarkt ist, verloren, sondern auch auf dem globalen Markt. Die stärkeren Volkswirtschaften des Binnenmarktes produzieren kostengünstiger und können die schwächeren, aber nicht relevant kostengünstigeren ungehemmt versorgen. **Global wirkt der gleiche Mechanismus.** Die Niedriglohnländer liefern Konsumgüter preisgünstiger und nehmen auch den weltmarktschwachen Binnenmarktmitgliedern der Union die Arbeitsplätze mit den oben skizzierten Verteuerungseffekten. Manch andere Gegebenheiten kommen hinzu, etwa einfuhrgenerierende Korruption, z.B. von Waffen.

Die ähnlich geordneten Märkte, der Binnenmarkt und der globale Markt, ruinieren die weniger robusten Volkswirtschaften, die sich den Marktgegebenheiten schutzlos ausgeliefert haben, zumal wenn der wichtigste allgemeine Schutz aufgegeben ist, die Abwertung der Währung. Aber auch ohne die Währungseinheit wirken die **Marktgesetze** in dem **unechten Freihandel**, der vertraglich und gesetzlich verordnet ist, **verheerend**, wenn auch langsamer, jedenfalls wenn und weil Volkswirtschaften von Importen abhängig sind, zumal vom Ölimport. Sie können sich deswegen eine übermässige Abwertung nicht leisten. Sie müssen die Devisen für den Import erwirtschaften können und benötigen um einer importfähigen Währung willen eine hinreichend ausgeglichene Handelsbilanz.

Regelmässig haben solche Länder wenig entwickelte Infrastrukturen und keine hinreichend produktionsstarke Bevölkerung. Solange ihre Produktionskosten gemessen in Stückkosten höher sind als in anderen exportfähigen Staaten, sind sie in Strukturen eines Binnenmarktes und offenen globalen Marktes **dem Niedergang ausgeliefert**. Der Wettbewerb ist für sie nicht lebbar, sondern stürzt sie in einen Teufelskreis. Schutzloser Wettbewerb, das System des

unechten Freihandels, nützt immer nur den Starken und schadet den Schwachen, volkswirtschaftlich den in einem solchen Marktsystem nicht wettbewerbsfähigen Einzelstaaten, die eine politische und damit wirtschaftliche und soziale Einheit bilden.

Im Sinne Friedrich Lists bilaterale oder auch multilaterale Verträge eingehen

Stärkere Volkswirtschaften werden im Binnenmarkt stetig stärker, schwächere stetig schwächer. Das ist ein Gesetz des ungeschützten oder nicht hinreichend geschützten Wettbewerbs. Ein Wettbewerb, in dem nicht alle Wettbewerber die gleichen Chancen haben, ist unfair, rechtlos, **Wirtschaftskrieg**. So ist der Wettbewerb von Starken mit Schwachen. Hinreichende Chancengleichheit ist Bedingung eines lebbar und rechtmässigen Wettbewerbs.

Die **deutsche Volkswirtschaft** ist trotz aller Schwächen (neben einigen anderen kleineren Volkswirtschaften) stärker, vor allem exportstärker als die meisten Volkswirtschaften in der Europäischen Union, insbesondere die in der südlichen Peripherie. Das zeigt sich an den Stückkosten, aber auch am Industrialisierungsgrad und anderen Elementen wie dem (immer noch besseren) Ausbildungswesen, der Arbeitsamkeit und Sparsamkeit eines grossen Teils der Bevölkerung u.a.m. Schon vor der Vereinbarung der Währungsunion betrug die Stückkosten in Deutschland nur etwa 80% derer in **Frankreich**, das die Lohnkosten übermässig erhöht und sich zudem, einer wirtschaftswissenschaftlich irrigen, wenn auch lange modischen Theorie folgend, die Zukunft liege im Dienstleistungsbereich, mehr als Deutschland deindustrialisiert hat. Der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt ist in Deutschland etwa doppelt so hoch wie in Frankreich.

Der Franc wertete vor der Vereinbarung der Währungsunion stetig

ab. Nicht anders war die Entwicklung **Italiens**, das zudem mehr als Frankreich und Deutschland unter mafiosen Verhältnissen zu leiden hat. Die Lira verfiel. Wegen der nicht einmal völlig ausgelasteten Industrie Deutschlands hatten die Industrien der meisten anderen Mitglieder des europäischen Binnenmarktes keine langfristige Chance, neben der deutschen zu bestehen, schon gar nicht, nachdem sie den Lebensstandard der Bevölkerung auf das deutsche oder gar ein höheres Niveau angehoben hatten. Die Währungseinheit hat diese Lage noch verbösert und zudem Deutschland einen erheblichen Wettbewerbsvorteil am europäischen und globalen Markt verschafft, nämlich eine weit unterbewertete Währung und damit ein **sittenwidriges Preisdumping**, während die anderen Partner des Binnenmarktes (abgestuft) mit überbewerteten Währungen im europäischen und globalen Wettbewerb bestehen müssen, aber nicht können.

Die **Aufwertung** würde die Stückkosten der deutschen Industrie nicht markt- und wettbewerbschädlich erhöhen, weil die **Importe verbilligt** würden, die einen Grossteil der Produkte ausmachen. Zudem würde der **deutsche Binnenmarkt** durch Stärkung der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung erheblich belebt werden. Gewisse Strukturen der deutschen Wirtschaft würden sich verändern, vor allem **zugunsten der klein- und mittelständigen Unternehmer**. Ausgewanderte Industrien würden vielfach zurückkehren, auch **zugunsten des Arbeitsmarktes**. Nolens volens ist Deutschland Nutzniesser des unechten Freihandels und der Einheitswährung vor allem am Weltmarkt auch zu Lasten der Partner des Binnenmarktes.

Die Kritik der Freihandelsideologie will nicht abgeschotteten Märkten das Wort reden, sondern einer praktisch vernünftigen Politik der Staaten, welche im Sinne Friedrich Lists bilaterale oder auch mul-

tilaterale Verträge im jeweils eigenen Interesse eingehen. Aber dass ein Exportland wie Deutschland die Zuständigkeit für die Handelspolitik aus der Hand gegeben hat, ist eine untragbare Souveränitätsverletzung.

Rettung der internationalen Banken wird auch Deutschland ruinieren

Die Schäden Deutschlands sind das leistungswidrige Zurückbleiben der Kaufkraft dadurch, dass die Aufwertung der Währung in Deutschland wegen der Währungseinheit unterbleibt, die geringe Verzinsung der Spareinlagen wegen der Niedrigzinspolitik der Zentralbank, die Renditeverluste der Lebensversicherungen wegen der Flucht in die deutschen fast unverzinslichen Staatsanleihen, die lange Vernachlässigung der Investitionen, weil in den Ländern investiert wurde, die schnelle und hohe Rendite versprochen haben, (u.a.m.) und schliesslich das mittels der europäistischen Ideologie abgenötigte Entstehen Deutschlands für die Kredite, mit denen diese Länder ihren letztlich gescheiterten, blasenhaften Aufschwung finanziert haben. **Die Rettung der internationalen Banken, kaschiert als Eurorettung, wird auch Deutschland ruinieren.** Die Geldmengenerweiterung durch die Staatsfinanzierung der Europäischen Zentralbanken zerstört endgültig die wirtschaftliche Stabilität.

Kapitalverkehrsfreiheit – der entscheidende Schlag gegen die Souveränität der Völker

Es gibt Profiteure der globalen unechten Freihandelspolitik. Das sind die **international agierenden Unternehmen**, die durch den Wechsel der Produktionsstandorte grösstmögliche Gewinnspannen in den Importländern erwirtschaften, solange die Transportkosten so gering sind, dass sie die Lohnersparnisse in den Niedriglohnländern, sprich der Sklavenarbeit, nicht ausgleichen, abge-

sehen von den Vorteilen der Massenproduktion (economy of scale). Weiterhin sind es die **Banken, Versicherungen und institutionellen Anleger**, welche das Kapital, über das sie verfügen, weitgehend privat geschöpft, mit grösstmöglicher Rendite nutzen können, auch indem sie mittels Drohung von Kapitalverlagerungen die Staaten zwingen, ihnen grösstmögliche Gewinne zu belassen, etwa auf sachgerechte Besteuerung, aber auch auf Regulierungen des Kapitalverkehrs zu verzichten, ja sogar die Sozialisierung ihrer Risiken und Verluste durchsetzen konnten. Die Kapitalverkehrsfreiheit war und ist der entscheidende Schlag gegen die Souveränität der Völker.

Schliesslich ist es die politische Klasse, welche den einstigen Rechtsstaaten **das Recht genommen hat**. Von den Gerichten ist Schutz des Rechts, das mit den Menschen geboren ist, nicht mehr zu erwarten. Sie gehören wie die (meisten) Medien zur politischen Klasse. Das demokratiewidrige Parteienwahlsystem sichert die Wahl hinreichend gefügiger Politiker in die Staatsämter. Korruptierte Medien, in der Hand weniger Oligarchen, stützen das menschenverachtende System durch Desinformation und heuchlerischen Moralismus.

Freiheit verträgt unechter Freihandel nicht

Europäisierung wie Globalisierung sind Instrumente bestimmter Kräfte, die eine One-World-Politik betreiben, seit langer Zeit. In der Neuen Welt wollen sie **die Menschheit** nach ihrem Bilde formen, sie **zu Arbeitern und Verbrauchern degradieren**, sie jedenfalls beherrschen, d.h. ihnen die Freiheit und damit Würde nehmen. Sie mögen auch Gutes wollen, aber sie achten die Menschen nicht als ihresgleichen. Die Freiheit jedes Menschen ist ihnen, wohl auf Grund ihres Reichtums und ihrer Macht, fremd.

Hier passt die Warnung Friedrich

Nietzsches: «Und behüte Dich vor den Guten und Gerechten», jedenfalls vor denen, die sich als solche feiern, den moralistischen Jakobinern. Bevormundung ist gegen die Menschheit des Menschen gerichtet, Moralismus das Gegenteil von Moralität. Die Welt muss so eingerichtet sein, dass alle Menschen in Freiheit leben können, also in demokratischen Republiken, die es nur in kleinen Einheiten geben kann, als Republik von Republiken.

In dieser Welt muss jedes Gemeinwesen sich in **eigener Verantwortung** entfalten und vor der Intervention anderer geschützt werden, auch vor der vermeintlich humanitären Intervention, einer regelmässigen Schutzbehauptung

für Eroberungen aus wirtschaftlichen Interessen. So steht das in der Charta der Vereinten Nationen. Wenigstens in Europa wollen wir die Kultur der Freiheit nicht aufgeben. **Die Schweiz ist vorbildlich**, trotz der bilateralen Binnenmarktverpflichtungen (aber immerhin ohne den Euro) noch, und dennoch, ja ich sage deswegen zugleich einer der beiden wettbewerbsfähigsten Staaten der Welt.

Ein **Binnenmarkt** integriert sich nicht von allein zu einem homogenen Wirtschaftsraum, sondern **verstärkt die Divergenzen**, wie entgegen den Illusionen der Integrationspolitiker der Grossversuch eines europäischen Binnenmarktes erwiesen hat. Er erzwingt

um des politischen Ziels, Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im politisch vereinten Raum, eine Politik der Integration des Sozialen. Das geht nur mittels eines grossen Finanzausgleichs, der alle überfordert und den grossen europäischen Raum im Weltmarkt derart schwächt, dass er insgesamt seine Wettbewerbsfähigkeit verliert. Vor allem verliert er seine politische Kultur, nämlich mit der Demokratie und dem Rechtsstaat die Freiheit. Das grosse Wort Freihandel vermag die Politik der **Verarmung der vielen** und der **Bereicherung der wenigen** nicht zu legitimieren. Freiheit verträgt unechter Freihandel nicht.

Karl Albrecht SCHACHTSCHNEIDER

*Leitete von 1969-80 als praktizierender Rechtsanwalt eine Wirtschaftskanzlei in Berlin und wirkte von 1972-78 als Professor für Wirtschaftsrecht an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin, von 1978-89 als Universitätsprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Hamburg, und von 1989-2006 als Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Erlangen-Nürnberg. In zahlreichen Sachbüchern, Fachartikeln und öffentlichen Vorträgen setzt er sich kritisch mit der Globalisierung und ihren Folgen auseinander und erlangt europaweite Bedeutung durch mehrere **fundierte Klagen** beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, u.a. gegen den EU-Maastricht-Vertrag (und damit gegen die Währungsunion, den Euro) bereits 1992/93, gegen den EU-„Verfassungsvertrag für Europa“ 2005 (der an den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden scheiterte), gegen den EU-„Lissabon-Vertrag“ 2008, gegen die „Griechenland-Hilfe“ und den „Rettungsschirm für die Währungsunion“ 2010.*

2008 klagte er auf Anregung der INITIATIVE HEIMAT & UMWELT im Auftrag eines unabhängigen Personenkomitees gegen die EU-Verträge auch beim österreichischen Verfassungsgerichtshof und weist in einer für Demokratie und Rechtsstaat grundlegenden Klagschrift von 372 Seiten die **Verfassungswidrigkeit der Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union** nach. Eine von ihm selbst verfasste 44-seitige Kurzfassung dieser Klagschrift im A-5-Format wurde von der IHU im Dezember 2008 herausgegeben. In dieser haben wir auch die Kurzfassung eines Vortrags des bekannten Währungsfachmanns Prof. Wilhelm HANKEL abgedruckt, der im Herbst 2008 auf Einladung der IHU zwei Vorträge in Österreich hielt zum Thema „**Plädoyer für die Wiedereinführung der nationalen Währungen**“. Restexemplare dieser als „Wegwarte-Sonderausgabe“ erschienenen Broschüre können gerne bei uns angefordert werden.

WEGWARTE 23. Jahrgang, Folge 3, April/Mai 2013
Zulassungsnummer "02Z033544S"
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt (IHU)
3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5
Tel.: 02242/70 516, ihu@a1.net
Spendenkonto: PSK, Kto. 7483053, BLZ 60000

Die kürzliche Ablehnung der Klage der Kärntner Landesregierung gegen den ESM-Vertrag durch den VfGH kommentierte Schachtschneider mit den Worten: „Diese erfolgte nicht wegen angeblicher Formalfehler, sondern weil der VfGH in Österreich weder ein Recht des Bürgers auf Demokratie noch auf Stabilität der Wirtschaft anerkennt.“

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke der Bundeswahlbehörde freihalten!

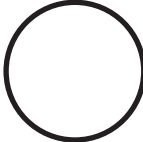
Unterstützungserklärung

Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren betreffend folgende, durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit:

[Volksbegehren]	[Allfällige Kurzbezeichnung]	
Der Nationalrat möge den Austritt der Republik Österreich aus der Europäischen Union mit Bundesverfassungsgesetz, welches einer Volksabstimmung zu unterziehen ist, beschließen.		EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN
Stark umrandeter Bereich vom (von der) Unterstützungswilligen auszufüllen!	Vor- und Familienname des (der) Unterstützungswilligen	
	Wohnort	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)
Raum für allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der nebenstehenden Unterschrift		Eigenhändige Unterschrift

Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass der (die) Unterstützungswillige in der Wählerevidenz eingetragen ist und das 16. Lebensjahr vollendet hat und in dieser Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.

Stark umrandeter Bereich von der Gemeindebehörde auszufüllen (Zutreffendes anzukreuzen)!	Gemeinde		
	Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statutarstadt, Wiener Gemeindebezirk	Land	ggf. Sprengel Nr.
	Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung		
	<input type="checkbox"/> wurde vor der Gemeindebehörde geleistet.	<input type="checkbox"/> war gerichtlich beglaubigt.	<input type="checkbox"/> war notariell beglaubigt.
Datum (Tag, Monat, Jahr) 	Gemeindegel 	Unterschrift	

Bitte nach Bestätigung durch Gemeinde/Magistrat dieses Original einsenden an INITIATIVE HEIMAT & UMWELT, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

AUSTRITT aus der EU

Überparteiliches

VOLKSBEGEHREN

Weil Österreichs Bürger nicht länger als **Melkkuh** für die „Rettung“ des **TEURO** und der Banken-Mißwirtschaft herhalten wollen!

Immer höhere Milliardenzahlungen für „Brüssel“ - das Faß ohne Boden - bedeuten eine kalte **Enteignung** der Bürger-Einkommen. Stattdessen Wieder-Eintritt in die funktionierende und sparsame **EFTA** zur Regelung der Handelsbeziehungen.

Weil echte **NEUTRALITÄT** jegliche Mitwirkung an einem Militärpakt wie der EU-Armee (mit ihrem Naheverhältnis zur NATO) ausschließt - siehe Schweiz.

Weil wir nicht Mitglied der **ATOMMACHT EU** bleiben und für diese auch nicht weiter zahlen wollen (EURATOM-Vertrag!).

Weil das oberste Prinzip der EU - der **grenzenlose**, völlig ungezügelter **FREIHANDEL** - nur den Konzerninhabern dient zum **Schaden** von Volkswirtschaften, Natur und Gesundheit!

Folgen: Verfall der Löhne, Gehälter und Pensionen, Verlust der örtlichen Nahversorgung, Lebend-Tiertransporte über riesige Entfernungen, kein (Einfuhr-) Schutz vor genmanipulierten Substanzen.

Weil mit dem **Lissabon-Vertrag**, der geltenden Arbeitsgrundlage der EU, die wichtigsten Prinzipien jeglicher **DEMOKRATIE** (zum Beispiel die Gewaltenteilung) **ausgeschaltet** wurden. Nicht gewählte Kommissare bestimmen, das EU-„Parlament“ hat **keine** Gesetzgebungsbefugnis.

So können Sie das Volksbegehren unterstützen:

1. Mit der umseitigen Unterstützungs-Erklärung und einem **amtlichen Lichtbildausweis** (Paß, Personalausweis, Führerschein) zu den üblichen Parteienverkehrszeiten in das **Gemeindeamt** bzw. **magistratische Bezirksamt** Ihres Hauptwohnsitzortes gehen.
2. Dort die mitgebrachte Unterstützungs-Erklärung **vor dem Beamten unterschreiben** und nach erfolgter Bestätigung durch die Behörde dieses Original-Formular wieder umgehend an uns retour senden.

Zur gültigen Unterzeichnung von Volksbegehren sind alle österreichischen Staatsbürger berechtigt, die das **16. Lebensjahr** vollendet haben. Sobald mindestens 8.460 (ein Promille der Gesamtbevölkerung) gültige Unterstützungs-Erklärungen vorliegen, wird vom Innenministerium die sogenannte öffentliche Eintragungswoche, das eigentliche Volksbegehren, in ganz Österreich anberaumt.

Wer sind die Betreiber des Volksbegehrens?

Ein überparteiliches Personenkomitee aus langjährigen Trägern und Mitarbeitern unabhängiger Bürgerinitiativen: **Inge RAUSCHER**/Initiative Heimat & Umwelt, **Helmut SCHRAMM**, Angestellter, **Dr. Franz-Joseph PLANK**/Tierschutzorganisation Animal Spirit, **Renate ZITTMAYR**, Bäuerin, **Mag. Markus LECHNER**, Finanzbeamter i.R., **Inge SCHERFF**, Anti-Atom-Aktivistin, u.v.a. Unterstützt wird das Volksbegehren auch vom früheren parteifreien Justizminister **Hans Richard KLECATSKY**, Universitätsprofessor für öffentliches Recht in Innsbruck, und der Wiener Rechtsanwältin **Dr. Eva Maria BARKI**, spezialisiert auf Menschen-, Nationalitäten- und Volksgruppenrechte. Kontaktadresse: Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5, Tel. 02242/70516, ihu@a1.net.

www.eu-austritts-volksbegehren.at